

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühren betragen für die sechsspaltige Zeile oder deren Raum 30 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., ausserhalbige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 261.

Dienstag, den 6. November 1917.

24. Jahrg.

Schwerer Abschied.

Während der frühere Reichszugler Dr. Michaelis von seinen Mitarbeitern mit der Versicherung Abschied genommen hat, ihm sei leicht und wohl zumute, da er sich während seiner Amtsführung immer durch einen inneren Konflikt beengt fühlte, steht Helfferich noch immer. Er kann sich von seinem Amt nicht trennen, der Abschied fällt ihm gar zu schwer. Obwohl er schließlich sein Amt hat zur Verfügung stellen müssen, obwohl die bewährtesten politischen Berater seinen Fall längst als hoffnungslos aufgegeben haben, hat er sich nicht enthalten können, am Sonnabend einem großen Ministerrat vorzusitzen, als Graf Hertling plötzlich zu einer anderen Konferenz abgerufen wurde. Er will seinen Vizenzuglerposten bis zum letzten Augenblick genießen.

Es gibt demokratische Blätter, deren einzige Aufgabe darin zu bestehen scheint, der Reaktion die Stichworte zu liefern. Zu ihnen gehört die „Welt am Montag“, in der Herr von Gerlach zur Berufung Hertlings jubelt, es sei ein Glück für Deutschland, daß jetzt Süddeutschland zu herrschen beginne und Preußen zurücktrete. Das nimmt natürlich die konservative Presse mit Wonne auf, um gegen jeden fortschrittlichen Fortschritt loszugehen. Preußen müsse zwar die Hindenburgs- und Ludendorffs stellen, aber die innere Politik verbürden inzwischen jüdische Schöndauer. Nachdem unsere Alldeutschen es mit der ganzen Welt verderben und selbst die Verbündeten Deutschlands oft genug angerempelt haben, möchten sie jetzt die Mainlinie von neuem als politische Grenze ziehen. Deutschland ist ihnen zu groß — mit Preußen allein möchten sie die ganze Welt verschlingen.

Soll diese Süddeutsche-Sekte, die sich besonders gegen den Fortschrittler von Papen als Vizenzugler im Reich richtet, weil nicht drei Süddeutsche, Hertling, Kühlmann und Papen das Reich leiten könnten, etwa zur Rettung Helfferichs dienen? Augenblicklich haben wir, an der Spitze der Reichsleitung nämlich drei Bayern. Denn Herr Helfferich kommt ja aus Neustadt an der Hardt, wenn man ihm auch zugibt, daß er die unangenehmsten Seiten preussischen Bureaukratismus vollkommen ausstudiert hat.

Die verzweifelte Veruche, Helfferich zu retten, wirken nachgerade ebenso komisch wie die unermüdete Arbeit des Fürsten Bülow, vom Hotel Wilson unter den Linden, seinem Hauptquartier, den Weg zur Wilhelmstraße zurückzufinden. Glücklicherweise scheint es ziemlich sicher, daß alle Zielscheibigkeit weder Bülow zurückzuführen, noch Helfferich retten wird.

Helfferich war eine vollkommene Enttäuschung. Er hat in seinem Amte etwas geleistet. Als Reichsschatzsekretär erklärte er in seiner Antrittsrede am 10. März 1915, neue Steuern während des Krieges seien nicht nötig, die Feinde sollten zahlen. Selbst die Kriegsgewinnsteuer lehnte man ab. Erst als der zweite Kriegswinter ins Land gegangen war, und die Reichseinnahmen naturgemäß dauernd zurückgingen, während die Kriegskosten ständig wuchsen, bekehrte er sich zu der Anschauung, daß man wenigstens die Schuldenzinsen durch neue Einnahmen decken müsse. Seine Steuerpolitik war klug. Der Reichstag arbeitete die Steuern vollständig um und erhöhte wenigstens ihren Ertrag bedeutend. Dann wechselte Helfferich ins Reichsamt des Innern hinüber. Hier wurde er der Vater aller Hindernisse bei der sozialen Ausgestaltung des Hilfsdienstgesetzes. Ohne alle Not stellte er bei den Ausschüssen für die Eisenbahner die Kabinettfrage und siegte mit einer Stimme Mehrheit. Dabei beleidigte er den Reichstag aufs schwerste durch die Andeutung, man hätte andernfalls den Zivildienst auch ohne ihn eingeführt. Jedermann vor den Kopf zu stoßen war auch als Vizenzugler kein stärkstes Talent. In der Debatte über die Vaterlandspartei benahm er sich so, daß ein rechtsnationalliberales Blatt schrieb, man habe den Eindruck gehabt, als wolle er beim Abtreten von der Rednertribüne die Hochstöße küssen. Seine nervöse Reizbarkeit, seine beleidigende Ueberheblichkeit mit seinen häufigen launischen Gemütswechseln und seiner ständigen Minderwertigkeit im Wert.

Je schwerer Herr Helfferich der Abschied wird, um so lieber sieht ihn das deutsche Volk gehen. Sein Nachfolger aber möge ein Mann werden, der nicht nur „aus den Kreisen der fortschrittlichen Volkspartei stammt“, sondern selbst als fortschrittlicher ein ehrlicher Anhänger des gleichen Wahlrechts in Preußen ist und als vorgeschobener Posten der Demokratie in der Regierung dafür sorgt, daß sie den nötigen Nachdruck hinter die Wahlreform setzt.

Preistreiberei überall!

Von Otto Braun.

Die Preistreiberei auf dem Lebensmittelmarkt sowie die durch Kriegsverhältnisse bedingte Knappheit vieler Rohstoffe üben ihre preissteigernde Wirkung in zunehmendem Maße auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens aus. Alles wird teurer. Das Tempo der Verteuerung steigert sich nach Maß und Zeit noch andauernd, vornehmlich die unentbehrlichsten Waren steigen am schnellsten und höchsten im Preise.

Eine Ware, die man im allgemeinen nicht zu den unentbehrlichen rechnet und deren Verteuerung daher den breitesten Massen bisher auch noch nicht so fühlbar geworden ist wie beispielsweise die Verteuerung der Lebensmittel und Kleidung, ist das Papier. Schreib-, Druck- und sonstige Papiere sind im

Preise ungemein gestiegen. Doch kann man sich im Verbrauch dieser Artikel so erhebliche Beschränkungen auferlegen, ja sie zum Teil zeitweise völlig entbehren, daß ihre Verteuerung nur zu weitesten Volkschichten nicht so stark empfunden wird.

Weniger entbehrlieh ist das Zeitungsdruckpapier. Gewiß, auch in der vielfach geäußerten Auffassung, daß der Krieg längst zu Ende wäre, wenn keine Zeitungen erschienen, steckt ein Körnchen Wahrheit. Die im Saldo der Kriegstreiber und Kriegsgewinnler stehende Chauvinistenpresse aller Länder trägt sicher zur Vereitelung eines Verständigungsfriedens und damit zur Verlängerung des unseligen Krieges nicht unerheblich bei. Für die Presse im allgemeinen kann das aber nicht behauptet werden.

Unser ganzes politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben wäre ohne eine Tagespresse geradezu undenkbar. Die tägliche Zeitung gehört nun einmal zum unentbehrlichen Lebensbedarf jedes Kulturmenschen, zumal in einem Lande wie Deutschland, das keine Analphabeten aufweist.

Es dürfen daher die Preistreiber auf dem Zeitungsdruckpapiermarkt, die nunmehr in ein unser ganzes Zeitungsleben auf das schwerste gefährdendes Stadium geraten sind, das Interesse weiterer Volkskreise beanspruchen.

Die Zeitungen zahlten vor Kriegsausbruch für 100 Kilo Rollenpapier 21,40 M. Ich lege hier den Durchschnittspreis zugrunde, der von den auf alle Teile des Reiches verteilten sozialdemokratischen Zeitungen gezahlt wurde und der sich mit dem von der bürgerlichen Presse gezahlten Preise deckt. Dieser Preis blieb bis zum 1. Juli 1915 im allgemeinen bestehen, da die Zeitungen sich zunächst durch langfristige Lieferverträge gesichert hatten. Ungeachtet solcher Verträge forderten die Papierfabriken von diesem Zeitpunkt ab eine Erhöhung des Preises um 10 Prozent. Durch Vermittlung der Reichsregierung gelang es, die Erhöhung auf 5 Prozent herabzudrücken mit Geltungsdauer bis zum 1. April 1916, jedoch nunmehr von unseren Zeitungen im Durchschnitt 22,40 M., also etwa eine Mark mehr gezahlt werden mußte. Kurz vor Ablauf dieses Zeitraums forderten die Papierfabriken ab 1. April 1916 eine Erhöhung um 20–40 Prozent, die sie auch durchsetzten, da die Zeitungen sich nicht der Gefahr ausweichen konnten, ohne Papier zu bleiben. Unsere Zeitungen hatten nunmehr im Durchschnitt 28,36 M. für 100 Kilo zu zahlen.

Indes schon nach einem Vierteljahr zogen die Papierfabriken erneut die Schraube an und forderten ab 1. Juli 1916 eine Erhöhung der bis dahin gezahlten Preise um 8 M. für 100 Kilo, die die Händler zunächst auf 10 M. abrundeten. Nunmehr griff die Regierung endlich ein. Es wurde eine Reichsstelle für Druckpapier gebildet, der die Preisfestlegung übertragen wurde. Obwohl der Reichszugler auf eine Eingabe des sozialdemokratischen Parteivorstandes unter dem 4. August 1916 geantwortet hatte, durch die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen werde es sich ermöglichen lassen, der Tagespresse das erforderliche Papier annähernd auf der bisherigen Preisgrundlage sicherzustellen, gab die neue Reichsstelle dem Druck der Papierfabrikanten nach und setzte den Preis ab 1. Juli 1916 der Forderung der Fabrikanten entsprechend auf 15 M. über den Preis vom 30. Juni 1915 fest. Gleichzeitig hob sie mit einem Geheiß alle noch zu Recht bestehenden Lieferverträge auf. Für unsere Zeitungen ergab sich aus dieser Regelung im Reichsdurchschnitt ein Papierpreis von 38,36 M. für 100 Kilo, wonach eine Erhöhung des Friedenspreises um circa 80 Prozent. Von dieser Erhöhung nahm die Regierung 4 M. pro 100 Kilo zum Zeitungsdruck verwendeten Papiers auf die Reichsstelle. Ein Verfahren, das nicht ganz unbedenklich ist, da es darauf hinausläuft, den an der Papierherstellung interessierten Kapitalistengruppen hohe Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit zu sichern.

Da der Ausgangspunkt der Preistreiberei auf dem Papiermarkt bei den Holzlieferanten, den staatlichen und privaten Forstverwaltungen und dem zum erheblichen Teil für die Kriegsindustrie mit riesigen Gewinnen arbeitenden Zellstofffabriken lag, gründete die Regierung eine Reichsstelle für Papierholz, der die Aufgabe zugewiesen wurde, während der Dauer des Krieges die Tagespresse mit dem erforderlichen Druckpapier zu einem angemessenen Preise zu versorgen. Das sollte dadurch erreicht werden, daß die Reichsstelle die Lieferung von Papierholz an die Zellstofffabriken zu einem vom Reichszugler auf ihren Vorschlag festzusetzenden Preise sicherstellte. Damit war der Schwerpunkt der Preisgestaltung auf dem Zeitungsdruckpapiermarkt in die Reichsstelle verlegt.

Der ab 1. Juli 1916 festgelegte Papierpreis blieb nunmehr bis zum 1. Juni 1917 unverändert. Da setzten die Zellstoff- und Papierfabriken eine erneute Erhöhung von 5,25 M. für 100 Kilo durch, jedoch sie nunmehr etwa 46–47 M. pro 100 Kilo, das ist mehr als das Doppelte des Friedenspreises erhielten. Indes banden sie sich auf diesen Preis nur für 5 Monate.

Kurz vor Ablauf dieser Frist fand sie denn auch mit einer neuen Forderung hervorgetreten, die alle bisherigen in den Schatten stellt. Sie forderten eine Preiserhöhung von 12–16 M. für 100 Kilo und haben auch 11 M. durchgesetzt, jedoch sie nunmehr etwa 57–58 M. für 100 Kilo Zeitungspapier erhalten werden. Damit nähert sich der Preis dem Dreifachen des Friedenspreises.

Diese unerhörten Preistreiber waren möglich trotz des Eingreifens der Regierung und der Tätigkeit der Reichsstellen. Die letzteren scheinen sich mehr und mehr darauf zu beschränken, den von den Fabrikanten geforderten Preisen nach geringfügigen Abstrichen die behördliche Sanction zu erteilen. Ebenso wie auf dem Lebensmittelmarkt schreit auch hier die Regierung vor durchgreifenden Maßnahmen zur Beeinflussung der Preise zurück und trägt der kapitalistischen Gewinnlust im weitgehendsten Maße Rechnung.

Die Zeitungen werden sich daher ab 1. November d. Js. wieder auf eine erhebliche Mehrzahlung für Papier einstellen müssen, die sie um so schwerer trifft, als auch alle anderen zur Zeitungsherstellung erforderlichen Materialien und Betriebsstoffe, wie Farbe, Fett, Metalle usw. bis zu 500 Prozent im Preise gestiegen sind, und noch andauernd steigen. Auch werden sie durch die Ausgaben für Feuerungsanlagen, die infolge der fürchterlichen Verteuerung unerlässlich sind, wie durch die Unterstufungen der Familien ihrer zum Heeresdienst einberufenen Angehörigen stark belastet. So haben die sozialdemokratischen Zeitungsunternehmen allein an solchen Unterstufungen während der Dauer des Krieges weit über eine Million Mark aufgewendet.

Unter diesen Umständen leidet die sozialdemokratische Presse naturgemäß am stärksten; die bürgerliche Presse zieht z. T. hohe Einnahmen aus den Inseraten der Rüstungsindustrie, und einzelne besonders kriegstreiberische Blätter werden von der hohen Kriegsgewinn einheimischen Schwerindustrie durch direkte oder indirekte Zuwendungen unterstützt.

Die sozialdemokratische Presse ist dagegen vorwiegend auf die Einnahmen aus den Abonnentenbeiträgen angewiesen, die bisher nicht entfernt in dem der Steigerung der Papierpreise und der sonstigen Herstellungskosten entsprechendem Maße gesteigert worden sind.

Will die sozialdemokratische Presse weiter bestehen und wie bisher die Interessen der minderbemittelten Volkskreise wirksam vertreten, ihren Kampf für Frieden, Freiheit und Brot mit unverminderter Kraft und Ausdauer fortsetzen, dann muß sie ihren Lesern eine wesentliche Erhöhung der Abonnementsgebühren auferlegen, weil anders sie die durch die Preistreiber der Lieferanten von Papier und sonstigen Materialien erzwungenen erhöhten Ausgaben nicht decken und ihren Fortbestand sichern kann. Dieser Erkenntnis können und werden die Leser sich nicht verschließen.

Von der Regierung muß aber verlangt werden, daß sie der Gemeinnützigkeit der an der Papierherstellung interessierten Kapitalistengruppen wirklich entgegentritt und den unerhörten Preistreibern dieser Kreise ein Ziel setzt.

Die Kriegslage.

In Flandern ließ der starke Beschuß unsere Stellungen von Kemm bis zum Blankart-See am Morgen des 4. November etwas nach, griff jedoch nach Norden bis zum Houthouster-Wald über und nach Süden bis in die Gegend von Zandvoorde. Ostlich Ypern wurde ein ständiger Vorstoß in unserem Bereichungsgebiet erfolgt. Vom Mittag ab lebte auf der ganzen Front die Artillerietätigkeit auf. Die Stadt Dünkirchen erhielt stärkeren Beschuß. Desgleichen wurde zwischen Ghelvelst und Zandvoorde das Feuer stärker und lag mit starken Feuerüberfällen auf unseren dortigen Stellungen. Gegen Abend steigerte sich das Feuer und blieb die ganze Nacht über vor allem zwischen Poelcapelle und Passchendaele stark. Um 6 Uhr abends brachen mehrere englische Kompanien aus Poelcapelle zum Angriff vor. Der feindliche Vorstoß wurde unter hohen Verlusten reiflos abgewiesen. Ein feindliches Bombengeschwader belegte den Flugplatz in Jätlegem und das in Rernighem unbedeutend erkennbare Lazarett mit Bomben. Hierbei wurden zwei belgische Krankenschwestern verwundet. Diese neu völkerrechtswidrige und allen menschlichen Gesetzen höhnischende Handlung schließt sich würdig dem „Baralong“-Fall und ähnlichen Vorgängen an. Die vielen Opfer, die die belgische Bevölkerung der brutalen Beschließung weit im Hintergrunde gelegener belgischer Städte durch Engländer verdankt, werden immer zahlreicher.

Im Artois griffen am Abend des 4. November mehrere Kompanien an der Straße Douai—Arras und südlich davon an. Sie wurden teils im Gegenstoß, teils im Feuer zurückgeschlagen.

Nordöstlich von Soissons war bei Rebel und Schlechter Sicht die Gefechtsintensität verhältnismäßig gering. Stellenweise hielt heftigere Feuer auch während der Nacht an.

Die Meldungen des Eiffel-Berichtes vom 4. November, 4 Uhr nachmittags über deutsche Angriffe im Chaume-Walde und einem misglückten Handstreich bei Damloup sind französische Erfindungen.

In Italien ist der Tagliamento von den Verbündeten überschritten worden. Durch die Regengüsse der letzten Tage war der Fluß derart angeschwollen, daß die Italiener wohl hoffen mochten, hier dem deutsch-österreichisch-ungarischen Vormarsch Einhalt zu gebieten. Der Fluß fließt im Oberlauf tief und reißend zwischen steil und kentrecht zum Wasser abfallenden Felswänden. Im Mittel- und Unterlauf bis zu 2 Kilometer Breite sich ausdehnend, in unzählige Arme verzweigt, bot der Uebergang ungeheure Schwierigkeiten. Er ist ein neuer glänzender Beitrag für die zahlreichen historischen Flußübergänge der Verbündeten in diesem Kriege. Die gewaltige Gefangenzahl erhöhte sich hier wiederum um mehrere tausend Mann. Der Feind verlor erneut Geschütze.

In Mazedonien hält auch weiterhin im Cerna-Bogen die lebhafteste beiderseitige Artillerietätigkeit an. Zwischen Vardar und Doiran-See griffen südlich von Stojakovo mehrere englische Bataillone an. An der heldenhaften Abwehr bulgarischer Truppen hielten sich hier die Engländer eine schwere blutige Niederlage.

BRN. Berlin, 5. November, abends. (Amtlich.)

In Flandern wechselnde Artillerietätigkeit. Bei den anderen West- und im Osten nichts Wesentliches.

In Oberitalien geht es gut vorwärts.

Wien, 5. November. (Amtlich.)

Am Tagliamento ist der Kampf wieder aufgenommen worden. Österreichisch-ungarische und deutsche Divisionen zwangen sich am Mittellauf den Uebergang und genannten feindlichen Raum. Die Divisionen des Generals Felix Prinz Schwarzenberg, die seit vorgestern mittags auf dem Westufer des Flusses steht, hat sich durch rasches, schnelles Zugreifen besondere Verdienste um das Gelingen des Stoßes erworben. Der Feind verlor über 6000 Mann an Gefangenen und eine Anzahl Geschütze. Auch die Armees des Generalobersten Freiherrn von Krobathin erzielte überall Fortschritte.

Im Osten und in Albanien nichts von Belang.

Wien, 5. November. (Amtlich.)

Aus dem Kriegspressequartier wird vom 5. November abends gemeldet: Die Ereignisse in der venezianischen Ebene nehmen einen günstigen Verlauf; auch die Dolomitenfront der Italiener wartet.

Bulgarischer Bericht.

Mazedonische Front: Im Westen des Ochrida-Sees und im Uferna-Bogen lebhaftes Störungsfeuer. Westlich des Vardar steht der Gegner die Beschießung unserer Stellungen mit großer Heftigkeit fort. Ein auf der gleichen Front nach verläuftem Trommelfeuer unternommener Angriff wurde blutig abgelehnt. Ein feindliches Flugzeug, welches das Feuer der feindlichen Artillerie leitete, wurde durch unser Artilleriefeuer erreicht und fiel brennend innerhalb der feindlichen Linien nieder. Westlich von Serres wurden mehrere feindliche Erkundungseinheiten abgewiesen. Im Struma-Tal lebhaftes Artilleriefeuer. Feindliche Flieger lieferten von neuem einen Beweis für die völlige Verfehlung internationaler Verpflichtungen, indem sie Bomben in der Nähe eines unserer Feldlazarette abwarfen, obwohl dieses deutlich erkennbar war. Dobrubtscha-Front: Lebhaftes Feuer bei Tulcea.

Der türkische Bericht.

Tigrisfront: Der Gegner trat beiderseits des Tigris den Vormarsch an und näherte sich mit den Hauptkräften unseren Stellungen. Syrien: Von den fünf feindlichen Flugzeugen, welche Haisa ergebnislos mit Bomben bewarfen stürzten zwei infolge Schadens ins Meer. Die Trümmer der Flugzeuge veranlaßten, nachdem die Besatzungen von einem feindlichen Monitor aufgenommen worden waren. Sinaifront: Starke feindliche Angriffe erfolgten am 30. Oktober, wobei der Gegner in großem Umfange giftige Gase verwandte. Nahe einem kleinen Abschnitt, welcher an den Feind verloren ging, wurden alle Stellungen gehalten und dem Feinde große Verluste zugefügt. Die Kämpfe nahmen ihren Fortgang. Ein englischer Zerstörer, der sich losgerissen hatte, wurde über Aslutan zum Abbruch gebracht. Feindliche Infanterie und eine Kavalleriedivision, welche die Hauptstellungen unserer linken Flügels angriffen, wurden zurückgeschlagen. In den übrigen Fronten keine besonderen Ereignisse.

Die gegnerischen Kriegsberichte.

Französischer Heeresbericht vom 4. November: Nördlich des Chemin des Dames blieb die Artillerietätigkeit sehr erheblich in der Gegend von Pinon und Bourgaillon. Ein feindlicher Handwaffenschütze nordwestlich von Reims. Auf dem rechten Maas-Ufer Fortsetzung der bereits im vorhergehenden Bericht gemeldeten heftigen Beschießung. Die Deutschen machten nach einander zwei Angriffe auf die Front nördlich des Chaume-Balles. Unter Feuer zerstreute die Angreifer und brachten ihnen schwere Verluste bei.

Englischer Heeresbericht aus Mesopotamien: Eine Erkundungsabteilung geriet mit den Türken auf dem rechten Tigris-Ufer gegenüber von Dur in ein Gefecht. Wir besetzten die ganze Stellung. Die Kavallerie beunruhigte den zurückziehenden Feind den Tag hindurch und machte 50 Gefangene.

Cadornas Kriegsbericht vom 4. November: Die Tagliamento-Linie entlang Artillerietätigkeit auf den sich gegenüberliegenden Flügeln. Auf den fortgesetzt sehr starken Druck auf den linken Flügel übten wir Gegenwirkung durch Feuer und Unternehmen von Gegenangriffen aus. In der Gegend von Tullio wurden starke feindliche Abteilungen, die nach schwerer Artillerievorbereitung unsere vorgeschobenen Posten im Doane-Tal und im Gimmel-Tal angriffen, nach sehr lebhaftem Kampfe abgewiesen, es blieben einige Gefangene in unserer Hand. In der Nacht zum 3. November überfielen unsere Flugzeuge das linke Tagliamento-Ufer und zerstörten die Munitionslager, die man während des Rückzuges nicht hatte räumen können. Zwei deutsche Flugzeuge wurden gestern durch unsere Flieger über Oderzo und Cadroipo abgeschossen.

Vom 5. November: Es gelang dem Feinde am Monte di Pinone einige Abteilungen auf das rechte Ufer des Tagliamento zu überführen. Er verstärkte den Druck auf den linken Flügel unserer Linien. In der Nacht zum 4. und am 4. November während des Tages bewarfen unsere Flugzeuge und Luftschiffe mit Erfolg die feindlichen Truppen in den Niederungen von Caporetto und Tolmein wie auch längs des linken Ufers des Tagliamento mit Bomben.

Der schwierige italienische Rückzug.

Price, der Kriegsreporter des „Times“ meldet, daß über den Tagliamento nur drei Brücken führen, auf denen sich die zurückweichende Menge des Volkes und der Armee drängte. Die 3. Armee reitete ihre Feldgeschütze, mußte aber alle schweren Geschütze zurücklassen, die unbrauchbar gemacht wurden. Der Korrespondent Gibbons schildert die Schwierigkeiten des Rückzuges. Eine Panik hätte zu einer Katastrophe geführt. Am Dienstag hörte man den Ruf: „Die österreichische Keilerei ist im Anzug!“ Wenn nicht italienische Offiziere in diesem Augenblick energisch eingegriffen hätten, indem sie ihre Revolver über die Köpfe der Soldaten hinweg in die Luft schossen wären die Reihen unter der Last der heranrückenden Massen zusammengebrochen und die Kanonen von den Wagen in die Gräben gestürzt. Die Panik legte sich aber bald und 11 Kanonen konnten auf das andere Ufer gebracht werden.

Rußland.

Schluß mit dem Kriege.

(Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Kongress von russischen militärischen Vertretern beendete seine Arbeiten und nahm eine Entschließung an, in der es heißt, daß die Fortsetzung des Krieges nicht die innere Krise lösen und die unheilvolle Lage der Nation nicht bessern könne. Gleichzeitig behinherte sie die Zusammenberufung der verfassunggebenden Versammlung. Die Regierung solle es daher als ihre dringende Aufgabe betrachten, den Krieg zu beenden und Gehege zu errichten, die die republikanische Staatsordnung beseitigen.

Ein Hilferuf Kerenski.

In einer Unterredung mit dem Vertreter der „Associated Press“ sagte Kerenski nach den jetzt vorliegenden Berichten in den englischen Blättern: In diesem Augenblick ist die öffentliche Meinung in Rußland sehr erregt über die Frage: Wo steht die englische Flotte, da die deutsche Flotte in der Ostsee vorliegt? Der Korrespondent fragte dann: Könnte eine amerikanische Armee helfen, wenn sie nach Rußland geschickt würde? Kerenski antwortete: Es wäre unmöglich, eine solche Armee zu landen. Die Transportschwierigkeiten wären zu groß. Amerika kann am besten helfen durch Entsendung von Schiffen, Geld, Eisen und besonders Geld! Er betonte nochmals, daß Rußland allein zu kämpfen habe. Frankreich hätte von vorübergehend die englische Hilfe gehabt und jetzt könnte Amerika Frankreich zu Hilfe kommen. Die große Frage unseres Volkes ist wirtschaftlich. Die verfallenen Lebensverhältnisse haben unser Volk wirtschaftlich beeinträchtigt. Das Volk zweifelt an der Möglichkeit des Erfolges.

Im russischen Ministerium.

Nach einem einmaligen Besuche des Senats. Man rechnet mit dem Schluß des Krieges am 1. Januar. Rußland und Frankreich. Unter den heutigen Berichten Minister in England zu sein, ist auch ihre Vorgänger.



Gewalttaten russischer Soldaten in Finnland.

Finnische Blätter berichten täglich über neue Gewalttaten russischer Soldaten in Helsinki, Åbo und Olenäs, wo Hausdurchsuchungen stattfinden und Ueberfälle auf offener Straße ständig geschehen. Soldaten in Automobilen unternehmen Streifzüge auf Güter. In einzelnen Fällen stoßen die Russen auf bewaffneten Widerstand. In Wiborg besetzten Kolaten die Redaktion und Druckerei des Blattes „Karjala“, weil dies sich abfällig über das Benehmen der Soldaten geäußert hat. Nach der „Petersburger Börsenzeitung“ ist die Stimmung gegen Finnland in der russischen Bevölkerung derart feindselig, daß die Bahn einfach die Beförderung bestimmter Sendungen nach Finnland verweigert. Mit der Begründung des Stotmangels in Petersburg beschlagnahmte dieser Tage das Versorgungsministerium auf der Kewsa eine Anzahl von Partien mit von der finnischen Lebensmittelkommission vorausbezahltem Getreide.

Das Programm des russischen Bauernrats.

Wie Javos aus Petersburg meldet, hat der Bauernrat die Forderungen des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates abgelehnt und sein Programm wie folgt festgelegt:

Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen, mit dem Rechte der Völker, ihr politisches Regime selbst zu bestimmen; Verpfändung aller Länder. Keine Geheimverträge abzuschließen; die Rüstungen einzuschränken und internationalen Friedensgerichten zuzustimmen; alle Militärenten zu kürzen, keine Verhandlungen für einen Sonderfrieden anzubahnen und keinen Sonderfrieden zu schließen; alle Staaten verurteilen nach dem Kriege auf den Wirtschaftskrieg; die beiden Rüstungsgruppen verpflichten sich, alle im Kriege besetzten Gebiete zu räumen, das Gebiet des russischen Staates bleibt unverletzt und alle seine Nationalitäten sollen das Recht haben, ihr politisches Regime zu wählen; Rußisch-Polen wird unabhängig erklärt; Österreichisch- und Deutsch-Polen werden vollständig autonom; Belgien, Serbien und Montenegro müssen wiederhergestellt und ihre Schäden aus einem internationalen Fonds ersetzt werden; Serbien soll einen Zugang zur Adria erhalten; Rumänien verpflichtet sich, sofort die Klausel des Berliner Vertrages über die politische Befreiung der Juden durchzuführen; die esch-lothringische Frage wird durch eine Volksabstimmung gelöst, wobei die in diesem Deutschen Reich lebenden Bewohner oder diejenigen, die nicht Alt-Elche sind, an der Abstimmung nicht teilnehmen dürfen; Türkisch-Armenien soll vollständig autonom werden.

Landtagsbeginn in Finnland.

Der neue Landtag hat unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten Batos seinen ersten Sitzung gehalten und den Abgeordneten von Wiborg und den (Jugend) mit 67 gegen 3 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Landtag hielt eine Rede, in der er darauf hinwies, daß der Krieg die politische Beziehung Finnlands ernstlich erschüttert und das Land zu dem Schicksal gezwungen habe, daß es sich selbst regieren müsse.

England.

Ben Tillet.

einer der größten Kriegshelden unter den Führern der Arbeiterbewegung, ist bei einer Erkrankung in das Krankenhaus gewählt worden. Seine Wahl erregt, wie die „Daily News“ schreiben, in England allgemeines Aufsehen. Tillet vertritt erfolgreich seine

Wahl dem Umstande, daß er einen entschiedenen Kampf gegen die Kriegsgewinnler und für eine Erhöhung der Löhne der Soldaten und Matrosen ankündigte. Uebrigens hatte der unterlegene Regierungskandidat, der über eine bei weitem bessere Organisation und Unterstützung verfügte, in sein Wahlprogramm als Prinzip die Fortsetzung des Krieges bis zum ehrenvollen Frieden, genau so wie Ben Tillet, aufgenommen.

Die Verluste der englischen Armee.

„Aftenposten“ veröffentlicht ein Sondertelegramm aus London, wonach die britischen Verluste im Oktober betrugen: 1200 Offiziere tot, 4247 verwundet; 16914 Gemeine tot, 60284 verwundet. 550 Offiziere und 4508 Gemeine sind infolge ihrer Wunden gestorben. Außerdem werden 282 Offiziere und 4365 Gemeine vermisst.

Italien.

Englische Generale nach Italien abgereist.

Offiziell wird gemeldet: Lord George ist in Gesellschaft von Robertson, Smuts und anderen Generalen nach Italien abgereist.

Zurückziehung der Italiener aus Albanien.

Nach schweizerischen Meldungen hat die italienische Heeresleitung befohlen, alle italienischen Streitkräfte aus Albanien und Griechenland nach dem Mutterlande zurückzuziehen.

Die französische Hilfe für Italien.

Pariser Blätter melden: Der französische General Foch ist in der italienischen Kriegszone eingetroffen. Man erwartet das Eingreifen französischer Streitkräfte im Laufe der nächsten Woche. Die französischen Hilfstruppen werden mit den italienischen Truppenverbänden vermischt. Von der französischen Grenze erklärt man, daß die Sperre der französisch-italienischen Grenze auf Truppenbewegungen aus dem Innern Frankreichs nach den südfranzösischen Häfen Marseille und Toulon zurückzuführen sei. Es verläutet, daß nicht unbeträchtliche französische Streitkräfte, hauptsächlich Kolonialtruppen, die sich bereits in dem Winterlagern in Südfrankreich befinden, von den genannten französischen Häfen aus nach Genua verbracht und von hier auf dem Seewege nach dem italienischen Kampfgebiet befördert werden sollen.

Die italienischen Sozialisten.

bestreiten auf das Bestimmteste, daß ihre Partei den Widerstand gegen den Krieg aufhebe. Ihre jüngste patriotische Erklärung bezwecke nur den Bürgerfrieden während der schweren militärischen Kriege. Die Partei werde jeder Verhinderung der Verantwortung für die Katastrophe rücksichtslos begegnen.

Der Seekrieg.

Angriffe auf englische Patrouillenschiffe.

Ämtlicher englischer Bericht vom 3. November: Heute wurde auf unsere Schiffe, die an der belgischen Küste patrouillierten, von einem elektrisch getriebenen Boot, mit hoher Geschwindigkeit ein Angriff unternommen. Der Angriff wurde abgelehnt und das Boot zerstört.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Ein Flugzeug von Eisenbahnern erbeutet.

Durch das entschlossene Verhalten des Führers und des Zugpersonals des Güterzuges 7417 ist am Mittwoch nach der „Straßburger Post“ die Besatzung eines feindlichen Großkampfflugzeuges gefangen genommen worden. Der Zug kam eben von der lothringischen Station Nieding, als der Lokomotivführer Japp ein Flugzeug in geringer Höhe bemerkte, das unweit des Bahnhofes auf einer Wiese landete. Er hielt den Zug sofort an und ging gemeinsam mit dem Heizer und dem Zugpersonals nach der Landungsstelle. Seine Vermutung, daß es ein feindliches Flugzeug war, bestätigte sich. Nach energischer Aufforderung gab sich die Besatzung, bestehend aus einem Leutnant und zwei Unteroffizieren gefangen, von denen zwei englischer und einer amerikanischer Nationalität waren. Das Flugzeug war unversehrt.

Die holländischen Räte.

Der frühere holländische Kriegsminister Colijn veröffentlicht in dem Blatte „Stemmen des Tijds“ einen Ueberblick über die Gesamtlage und über die Gefahren, die besonders Holland bedrohen. Sogar Amerikas Hilfe, nachdem mit Rußlands Kräften nicht mehr zu rechnen sei, sei nicht imstande, eine Entscheidung herbeizuführen. Obwohl die Entente trotzdem noch immer an diese Möglichkeit glaube, habe Deutschland dadurch, daß es die Möglichkeit zugegeben habe, über alle strittigen Punkte, mit Ausnahme der esch-lothringischen Frage zu einer Verständigung zu gelangen, den Weg zum Frieden geebnet. Jenes Zugeständnis werde namentlich bei der Betrachtung der belgischen Frage auf die Dauer einen Einfluß auf die fernere Haltung der Alliierten, hauptsächlich Englands, geltend machen. England komme nämlich allmählich zu der Erkenntnis dessen, was auf dem Spiele stehe, da die britische Handelsflotte tagtäglich in ihrer Bedeutung zurückgehe und die Bedeutung der amerikanischen Flotte täglich zunehme, so daß angenommen werden müsse, daß die amerikanische Kanfluchtsflotte bei Friedensschluß der englischen gleichwertig sein werde. Auch sei der Einfluß der Friedenspartei in England immer mehr und politische Ueberraschungen seien keineswegs ausgeschlossen. Was Holland betreffe, so stehe fest, daß die Schwierigkeiten, je näher es dem Ende zugehe, sich desto mehr vergrößern würden. Das gehe schon aus der Kohlenfrage hervor, und nicht zum wenigsten aus der Behandlung, die Amerika Holland angedeihen lasse. Alle holländischen Proteste verfallen ungehört. Amerikas Handel habe nur eine schwache Stelle, und diese sei Amerikas Interesse für Belgien und Nordfrankreich, denn die ganze Versorgung durch das Hilfskomitee würde in Frage gestellt, wenn Holland keine Mitwirkung verweigere. Wenn man immer das verweigere, was das Volk wolle, so sei anzunehmen, daß die Holländer auf die Dauer nicht ruhig bleiben würden. Wenn Getreide und andere Lebensmittel über holländische Häfen nach Belgien weitergeleitet würden, dann würde schließlich das Volk dem ein Ende machen, wenn nicht die Regierung im Haag bei einer Mitwirkung an das Hilfskomitee die Bedingung stellt, daß für das eigene Land in gleicher Weise gesorgt werde. Holland brauche keineswegs daran zu zweifeln, daß es nicht zu einer Vereinbarungen kommen werde. Die Verbindung mit Indien könne, selbst wenn der Seetransport geschlossen bleibe, und wenn man den holländischen Schiffen Kohlen verweigere

gere, trotzdem aufrechterhalten bleiben. Wenn die Regierung wirklich alles tue, was für das Land erforderlich sei, so sei es klar, daß es das holländische Volk vertrauensvoll hinter sich habe und daß der Burgfrieden unbedingt gewahrt bleibe.

Norwegen verbietet den Verkauf von Fett und Öl.

Die norwegische Regierung verbietet den Verkauf von Fett und Öl, da der Staat den Vertrieb für das In- und Ausland monopolisiert hat. Der Korrespondent der „Morning Post“ fügt hinzu, daß man große Erwartungen auf eine neue norwegische Erfindung lege, Walfischtran zu raffinieren zur Verwendung für die Margarineindustrie.

Deutschfeindliche Kundgebungen in Brasilien.

In Rio de Janeiro fanden heftige Kundgebungen gegen deutsche Handelshäuser statt. Bedeutender Schaden wurde angerichtet.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 6. November.

Ein neues antideutsch-vaterlandsparteiliches Ideal

findet in den „Lübedischen Anzeigen“ freudige Befürwortung: die „Reichsständekammer.“ Die Gleichberechtigung aller Staatsbürger, die in den Stützengraben ihr Leben für die Sicherheit des Landes einlegen müssen, ist den jetzt bevorrechtigten Bevölkerungsteilen ein Grauel, den sie unter allen Umständen und mit allen Mitteln beseitigen oder verhindern möchten, und als eines dieser Mittel erscheint ihnen die Schaffung einer Reichsständekammer sehr geeignet. Man scheut sich sogar nicht, englische Pressestimmen zu zitieren, die deren Zweckmäßigkeit diktieren sollen. Und dann würde eine solche famole Ständekammer — was den Antideutschen besonders nach Wunsch wäre — nicht in der gleichen Weise für einen baldigen Verständigungsfrieden wirken.

Wenn wir jetzt eine Kammer der Vorstände im Reich hätten — der Streit um die Kriegsziele müßte verstummen vor der Einmütigkeit dieser Kammer! Da würde kein Erbgeger und kein Scheitern registriert — da würden die Führer des Bundes der Landwirte, des Kriegsausgleichs des Industries, des Handwerkerbundes, des Handelsbundes und auch die vom politischen Schlagwort befreiten, an wirtschaftlicher Zukunft der deutschen Arbeiter denkenden Arbeiterführer zusammenstehen in den Ruf nach Sicherung. Die Reichsständekammer müßte und würde antideutsch! — so einzig sein wie die bulgarische Sobranje, in der es über die politischen Kriegsziele auch nur eine Stimme gibt!

Eine Reichsständekammer wäre der Ort, Aufklärung darüber zu schaffen, daß der deutsche Sozialismus im Begriffe steht, die deutsche Zukunft dem internationalen Kapitalismus unter englisch-amerikanischer Führung auszuliefern — auf Gnade oder auf Unnade. Sie würde, so lange sie an deutsche Fäden der Sieg haftet, so lange deutsche U-Boote England an der Kehle haben, kein Wort verlieren über entschuldigungslosen Verzicht auf Frieden. — Sie würde einmütig einsehen für den deutschen Sicherungsfrieden.

Man kann es verstehen, daß eine solche Ständekammer, in der man gnädigst auch der Arbeiterkammer, die doch die Mehrheit des Volkes darstellt, auch eine kleine einflußvolle Vertretung zubilligen würde, nach dem Herzen aller Reaktionsäre wäre! Der Vergleich mit der bulgarischen Sobranje hinkt allerdings bedenklich, denn diese ist kein Ständehaus, sondern eine Volksvertretung, in der man durchaus nicht eines Sinnes über die Kriegsziele ist, wie sich erst kürzlich herausgestellt hat. Sehr geschmackvoll ist es wenn die Presse der deutschen Kapitalisten, die bis zum Krieg mit den jetzt feindlichen Kapitalisten vielfach international zur gemeinsamen Ausbeutung vereinigt waren, jetzt die unerschämte Behauptung aufstellen, der deutsche Sozialismus sei im Begriff, die deutsche Zukunft dem internationalen Kapitalismus unter englisch-amerikanischer Führung auszuliefern. Dabei steht doch fest, daß schon während des Krieges sich Kapitalisten der kriegführenden Länder zusammengefunden haben, um ihre Interessen zu wahren! Der deutsche Sozialismus hat das lebhafteste Bestreben, der Welt den Frieden und dem deutschen Volke die Gleichberechtigung schaffen zu helfen. Bekämpft und beschimpft wird er darum bezeichnenderweise von den internationalen Rückschrittlern und Kapitalisten. Das ist für ihn jedoch eine Ehre.

Reichstagsabgeordneter Scheidemann ist noch immer das Ziel giftiger Anfeindungen der alldeutschen Heimkrieger, die ihre Tinte für die unheimlichsten Eroberungspläne mutig verpritschen. Im hiesigen Organ der alldeutschen „Vaterlandspartei“, den „Lübedischen Anzeigen“, wird Scheidemann jetzt wieder als „Verschleuderer unserer Siege“ beschimpft, weil er für den von Völkern gewünschten baldigen Frieden der Verständigung mit aller Entschiedenheit eintritt und dafür den Dank aller Verständigen, zu denen ja auch der Hamburger Liberale Dr. Petersen gehört, findet. Der Antisemit-Schreiber hält es nur auch für „würdelos“, daß Dr. Petersen diesen Dank in öffentlicher Versammlung ausspricht. Uns scheint, daß Leute, deren politisches Auftreten sie als Verschleuderer deutschen Ansehens im Auslande erscheinen lassen, am wenigsten berufen sind, in dem erwähnten Zusammenhang über das zu befinden, was würdig ist oder nicht.

Die neuen Paßbestimmungen. Die seit 1. Oktober l. J. in Kraft getretenen, bisher nur für den Grenzübertritt ergangenen neuen Paßbestimmungen finden fortan auch auf solche Paße Anwendung, die nur für den Aufenthalt und für Reisen im deutschen Reichsgebiet gebraucht werden. Es werden demnach in Zukunft nur noch zugelassen: 1. Paße, die nicht älter als ein Jahr sind, wobei die Gültigkeitsdauer vom Tage der Ausstellung, nicht vom Tage einer späteren Verlängerung oder Erneuerung gerechnet wird. 2. Paßstücke, die keine Zusatzblätter enthalten. 3. Einzelblattpaße, bei denen etwaige Zusatzblätter mit dem Stammbblatt in einer gegen Fälschung gesicherten Weise verbunden sind und die Zahl der Zusatzblätter auf dem Stammbblatt amtlich bescheinigt ist. Paße, die den vorstehenden Bestimmungen nicht entsprechen, werden hiernach von deutschen Behörden nicht mehr als gültig anerkannt.

Neue Brennstoffkarten. Nach der heutigen Bekanntmachung des Reichsamts gelangen Donnerstag, dem 8., und Freitag, dem 9. d. Mts., neue Brennstoffkarten zur Ausgabe. Der Ende September verteilten Karte A entspricht eine neue Karte C, der bisherigen Zusatzkarte B eine Karte D. Die Karte C ist für diejenigen Haushalte bestimmt, die am 1. September weniger als 10 Zentner Brennstoffe im Besitz gehabt haben und auch heute weniger als 5 Zentner besitzen. Die Karte C lautet wieder über 5 Zentner. Der Zeitpunkt der nächsten Kartenausgabe ist noch nicht festgelegt, er wird von der Entwicklung der Kohlenzufuhr abhängig sein. Soweit sich heute übersehen läßt, wird damit zu rechnen sein, daß in 1½ bis 2 Monaten eine Neuauflage statt findet. Die Karten A und B haben ihre Gültigkeit verloren, soweit nicht nachweislich heretis Besitzungen darauf gemacht worden sind.

Der amtliche Kriegsbericht.

Die Italiener erneut auf dem Rückzug.

Aufgabe der Gebirgsfront.

WIB. Großes Hauptquartier, 6. Novbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern setzte am tagelichen lebhaftem Störungsfeuer gestern Abend starker Artilleriekampf ein, der zwischen dem nördlichen Teil der Yper-Niederung und dem Kanal von Comines nach Ypern während der Nacht unvermindert anhielt und heute morgen vom Southoutsterwald bis Zandvoorde sich zum Trommelfeuer gegen unsere Kampfzonen steigerte.

Starke englische Infanterie hat beiderseits von Pajendaele und an der Straße Menin — Ypern angegriffen.

Bei den anderen Armeen, insbesondere bei St. Quentin, längs der Ailette, auf beiden Ufern der Maas und im Sundgau schwoll abends die Feuerfärbung zu beträchtlicher Stärke an. Gewalttame Erfindungen der Gegner schlugen an mehreren Stellen verlustreich fehl.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz und an der Mazedonischen Front ist die Lage unverändert.

Italienische Front.

Die Tagliamento-Linie ist von uns gewonnen! Die Italiener sind zwischen Gebirge und Meer erneut auf dem Rückzug. Brände kennzeichnen ihren Weg durch die italienische Ebene. Die Erkämpfung des Uferwechsels am Gebirgsrande durch siegesfreudige deutsche und österreichisch-ungarische Divisionen trieben einen Keil in die von Natur starken Verteidigungsstellen des Feindes am Westufer des Abnignites; die schnelle Erweiterung des so geschaffenen Brückenkopfes durch erfolgreiche Kämpfe zwang den Gegner zur Räumung der ganzen Flusslinie bis zur Adriatischen Küste. Flugblätter bis zum Follatal hielten gestern italienische Brigaden noch and.

Der Druck unseres Vordringens hat die Italiener auch zur Aufgabe ihrer Gebirgsfront veranlaßt. Vom Follatal bis zum Col Brion, nördlich des Sugana-Tales, in einer Breite von mehr als 150 Kilometern, haben die Italiener ihre seit Jahren ausgebaute Stellungszonen aufgeben müssen und sind im Zurückgehen. Die weiteren Operationen der verbündeten Armeen sind eingeleitet.

Der Erste Generalquartiermeister.
Rudendorff.

worden sind. Die Kohlenhändler sind verpflichtet, die ungültigen A- und B-Karten anzuhalten und nicht zu beliefern.

Umfragezettel. Die Haushaltungsvorstände werden an die Einsendung der ihnen zur Ermittlung der Einkommensteuerpflichtigen zugestellten Umfragezettel erinnert. Wer die Einsendung unterläßt oder unrichtige Angaben macht, kann nach § 20 des Einkommensteuergesetzes vom 1. November 1913 mit Geldstrafe bis zu 100 Mark bestraft werden.

Zehnter Einkommensteuer. Der dritte Teilbetrag der Einkommensteuer und der zweite Teilbetrag der Kirchensteuer für das Jahr 1917/18 ist von den Steuerpflichtigen, die im Besitze eines Steuerzettels für die Stadt sind, in der Zeit vom 1. bis 10. November ds. Js. bei Vermehrung des Zuschlages der geleisteten Gebühr zu entrichten.

Muß der Feuerungshändler bei verzögerter Lieferung die Brennstoffkarte zurückgeben? Es ist, wie bekannt, üblich geworden, daß der Feuerungshändler sich die Brennstoffkarte bereits bei der Bestellung ausständigen läßt und dadurch den Kunden hindert, sich anderweitig Brennstoff zu verschaffen. Dieses Verfahren ist durch wichtige Interessen des Händlers gerechtfertigt und ist auch mit der Verordnung über die städtische Brennstoff-Versorgung vereinbar. § 7 sagt nur, daß die Brennstoffe erst abgegeben werden dürfen, nachdem die Karte vorgelegt und der erforderliche Markenbetrag einbezahlt ist. Die Vorrückung der Marken kann hiernach spätestens für den Zeitpunkt der Lieferung verlangt werden; daß sie nicht schon früher verlangt werden könnte, ist nicht gesagt. Wie lange muß sich aber der Kunde die Einbehaltung seiner Marken gefallen lassen? Ist eine Lieferfrist vereinbart, so kann der Kunde von der Bestellung zurücktreten und seine Karte zurückverlangen, wenn die Frist abgelaufen ist. Ist keine Frist vereinbart, so ist als Regel davon auszugehen, daß die Belieferung von Brennstoff-Marken Eile verlangt, denn die Karte wird, wie allgemein bekannt, nur bei dringenden Bedarf erteilt. Daraus ist zu folgern, daß eine gewisse kurze Frist als vereinbart gilt, nach deren Ablauf der Käufer zum Rücktritt und zur Herausforderung seiner Karte berechtigt ist. Die Länge dieser Frist bemisst sich nach billigem Ermessen und nach der Geschäftslage des Verkäufers.

Einschränkungen im Kinobetrieb. Die Einschränkung des Elektrizitätsverbrauchs hat besondere Bestimmungen notwendig gemacht. Danach ist der Kinobetrieb im ganzen Deutschen Reich in der Zeit von 5-7 Uhr nachmittags im allgemeinen verboten, weil das die Zeit der höchsten Belastung der Elektrizitätswerke ist. Diese Einschränkung gilt nicht für den Sonnabend und Sonntags. Es soll den Kinos für die verlorenen gehenden zwei Nachmittagsstunden als Ausgleich die Verlängerung der Spielzeit über 10 Uhr abends gewährt werden. Die Einschränkung bezieht sich nur auf die Monate November bis Februar.

Nachrichtigung der Reichssteuerabgabe zu ausländischen Wertpapieren. Die in der Nummer 256 dieses Blattes vom 31. v. M. abgedruckte Mitteilung enthält einen fälschlichen Fehler. Im dritten Satz muß es lauten: „Klarlegung“ heißen: „Verlegung“ einer Formvorschrift.

Stadttheater. Man schreibt uns: Die für heute angekündigte Vorstellung von „Die toten Augen“ findet am Freitag, dem 7. November statt. Am Donnerstag wird der im Lübeck so beliebte Heldendarsteller Arno Hoff vom Hoftheater Schwerin als Gast gastieren. „Rau!“ gelangt an diesem Tage zum letztenmal zur Aufführung. Die Vorstellung beginnt ausnahmsweise um 7 Uhr.

Entin. Der Provinzialrat für das Fürstentum Lübeck tagte hier am Donnerstag, um den Voranschlag für das nächste Jahr festzustellen. Die Einnahmen wurden mit 1.363.000 Mark, die Ausgaben zu 1.356.680 Mark angenommen, so daß sich ein Ueberschuß von etwa 6.500 Mk. ergibt. Die Einnahmen aus den Forsten wurden, da die vorjährigen sich gegenüber dem Voranschlag um 190.000 Mark höher stellten, mit 340.000 Mark eingestellt. Angenommen wurde ein Antrag, die Jahreseinkommensteuer, die wieder nur mit 75 Prozent zur Erhebung kommen sollte, auf 85 Prozent zu erhöhen, um vorhandene Schulden leichter und schneller abtragen zu können. Die dadurch verbesserte Finanzlage gestattet es, auf Amtsgelände im Fürstentum 82.986 Mark abzugeben zu können. Der Neubau eines Amtsgerichtsgebäudes in Ahrenshoop soll alsbald nach dem Kriege in Angriff genommen werden. Zu dem Eisenbahnprojekt Ahrenshoop-Dies-

loc konnte der Provinzialrat keine Stellung nehmen, da die in Frage kommenden Gemeinden des Fürstentums über ihre finanzielle Beteiligung noch keine Beschlüsse gefaßt haben. Einstimmig wurde die Regierung erklart, dem Landtage eine Vorlage über eine 30prozentige Aufbesserung der Beamtengehälter mit Wirkung vom 1. Juli ab zu unterbreiten. Kenntnis genommen wurde von der für das nächste Jahr beabsichtigten Erhöhung der Kurlage in den Ostseebädern Kiendorf, Timmendorfer Strand, Scharbeutz und Saffkow. Es wird nach derselben mit einer Einnahme von 50.000 Mark gerechnet. Ein Gesetzesentwurf betr. Ausbehnung der geleisteten Fleischschau auch auf 6 Wochen alte Schweine und Schafe von 12 Monaten, fand keine Zustimmung mit Rücksicht auf den Mangel an Fleischschauern während des Krieges. Angenommen wurde jedoch eine Erhöhung der bisherigen Gebühren. — Zugestimmt wurde einer Erweiterung der Umweltschutz übertragbarer Krankheiten, nach welcher nunmehr auch die Windpocken der Anzeigepflicht unterliegen. Zwecks ganz besonderer Förderung der Ziegenzucht in unserem Fürstentum wird die bisherige hierfür angelegte Summe von 1200 Mark auf nunmehr 2200 Mark erhöht.

Wöln. Zwei Personen tödlich verunglückt. Bei einem Betriebsunfall im Dorfe Wöln wurden zwei hiesige Hilfsdienstpflichtige, der Bote Eggert und der Böttcher Petersen, außerordentlich schwer verletzt, so daß sie sofort ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Kurz nach ihrer Entlassung erlagen sie ihren schweren Verletzungen.

Glensburg. Wieder ein Doppelselbstmord? Auf dem benachbarten Adelshof Friedhof wurde gestern ein unheimlicher Fund gemacht. Auf einem Grabhügel lagen die Leichen des bei einer Maschinenwehr-Abteilung dienenden Soldaten G. und eines Mädchens Luise E. Neben den Toten lag ein Karabiner, mit dem wahrscheinlich die Tat verübt war. Eine militärische Gerichtskommission hat inzwischen den Tatbestand aufgenommen.

Marin. Die Lederfabrik abgebrannt. Gegen 11 Uhr abends brach am Donnerstag auf der hiesigen Lederfabrik zu Marin ein Feuer aus; das so gewaltig schnell über die große Fabrikanlage um sich griff, daß die Fabrik gleich in ein riesiges Feuermeer verwandelt war. Funtenfeuer bedeckte die Nachbarhäuser, welche in Eile geräumt wurden. Das Hintergebäude des Schuhmachereisener Guderichs Hauses wurde mit vom Feuer ergriffen. Neben dem Fabrikshornstein und den massiven Wänden der Gebäude findet man auf der circa 400 Quadratrußen großen Fläche nur noch Trümmer.

Leer. Der bestrafte Kriegswucherer. Zu 79000 Mark Geldstrafe verurteilte das hiesige Schöffengericht in seiner letzten Sitzung wegen Kriegswuchers mit Rummel einen Landwirt aus dem Ahderlande. Der Amtsanwalt hatte 108000 Mark Geldstrafe beantragt. — Vom Gefängnis bleibt dieser Wucherer leider verschont.

Bremen. Bürgermeister Dr. Barkhausen ist Montag abend gestorben.

Theater und Musik.

Das zweite Sinfonie-Konzert im Stadttheater wurde mit Joseph Haydns Sinfonie Nr. 97 in C-dur eröffnet, einem vierstimmigen Werk, das reich ist an melodischer Schönheit und anderen musikalischen Werten. Ihm folgte Felix Mendelssohn-Bartholdys Konzert für die Violine mit Begleitung des Orchesters (E-moll), eine der hervorragendsten Schöpfungen dieser Art, deren Wiedererlebung durch die Mitwirkung von Fr. Eva Bernstein, eine Künstlerin, die Empfindung, ausgezeichnete Technik und erlebten Gesinnung vereinigt, sich besonders gemächlich gestaltete. Den Schluß bildete Robert Schumanns zweite Sinfonie, die fesselnd im Aufbau und in ihrer musikalischen Gestaltung ist. Des Meisters Eigenart bringt sie zu schönster Geltung. Das Orchester, dem Herr Dr. Gähler ein begeisterter und verständnisvoller Führer war, verdient für seine Leistung volles Lob.

Aus der Partei.

Russische Stimme zum Würzburger Parteitag. Der Stockholmer Korrespondent der „Nowaja Schiza“ schreibt vom Würzburger Parteitag: Man mag die frühere Haltung der deutschen Parteimehrheit kritisieren, jedenfalls steht fest, daß sie in den letzten Monaten einen systematischen und energischen Kampf für die Demokratisierung Deutschlands führt. Wer das nicht anerkennt, kennt die Wirklichkeit nicht.

Soziales.

Eine neue Methode der Arbeiterunterdrückung. Nach dem bekannten Taylor-System hat jetzt der rücksichtsloseste Kapitalismus der Welt, der amerikanische, schon wieder eine neue Methode ausgeklügelt, die Ausbeutung der Arbeiter zu beschleunigen, und die europäischen Kapitalisten stützen sich mit Eifer darauf, sie nachzuahmen. Es handelt sich um die Einrichtung sogenannter Interessentkontore, deren Wesen in einer Art Formidabilität über Beamte und Arbeiter des Unternehmens besteht. Jeder Angestellte muß angeben, wie hoch seine Ausgaben für Miete, Steuern, Versicherung und Vereinsabgaben sind, und diese werden dann von der Unternehmung als fester Lohnbestandteil getragen. Eine Veranlassung dänischer Großindustrieller und Großkaufleute in Kopenhagen fand begreiflicherweise diese Idee überaus glücklich und ernannte einen Ausschuss, der prüfen soll, ob ein solches Interessentkontor am besten für jeden einzelnen Betrieb oder als gemeinsame Einrichtung der industriellen Kreise geschaffen werden soll.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 5. November. (Amtlich.) In der nördlichen Nordsee wurden neuerdings von einem unserer Unterseeboote fünf Dampfer versenkt. Vier davon wurden aus Geleitzügen, die zwischen Norwegen und England fuhren, herausgeschossen. Der fünfte der vernichteten Dampfer war bewaffnet und fuhr einzeln unter Sicherung. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Breslau, 5. November. Das Organ des Arbeiter- und Soldaten-Rates, „Stwejtija“, bringt die Meldung, daß die amerikanische Mission, die jüngst Rußland besuchte und über Wladivostok mit dem Zuge des amerikanischen roten Kreuzes die Rückreise angetreten hat, den Zaren mit seiner Familie aus Tobolsk entführt und nach Amerika gebracht habe. Daraufhin wurde sofort eine besondere Untersuchungskommission aus Petersburg nach Sibirien entsandt, die diese Angelegenheit untersuchen und scheinbar darüber Bericht erstatten soll.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Böhmert. In den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Berleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gänzlich in Lübeck.

Gelesene Nummern des „Volksboten“

bitten wir nicht wegzuworfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Willkür eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werden.

Städtische Brennstoffverteilung.

Zweite Verordnung.

§ 1. Bekanntmachung des Reichsstatistikars für die Kohlenverteilung über die Brennstoffverteilung der Haushaltungen, der Landwirtschaft und des Kleinhandels vom 19. Juli 1917, D. R. Nr. 174; 2. Ausführungsverordnung des Senats vom 29. August 1917.

Zur Durchführung einer weiteren Brennstoffverteilung wird für den Stadtgebietsteil verordnet:

I. Verfall der bisherigen Karten.

§ 1.

Die Brennstoffkarten A und B (J. Vo. v. 24. September 1917, G. P. Nr. 451) haben mit dem Ablauf des 9. November ihre Gültigkeit verloren. Dies gilt nicht, soweit vorher auf die Karten Brennstoffe bestellt worden sind.

Die Abgeber von Brennstoffen (Händler, Verbrauchsgenossenschaften oder sonstige Bezugseinrichtungen) haben die ihnen vorliegenden unguiltigen Brennstoffkarten anzuhalten und der Orts-Verwaltung einzureichen.

II. Haushaltungen.

§ 2.

Für diejenigen Haushaltungen, die am 1. September ds. J. nach ihrer Bestandsmeldung weniger als zehn Zentner Brennstoffe in Besitz gehabt haben, werden Brennstoffkarten C nach beiderseitiger Bekanntmachung ausgeben. Die Abhaltung ist denjenigen Haushaltungen verboten, die jenseit im Besitz von mindestens fünf Zentnern Brennstoff sind. Bei der Abhaltung ist das Lebensmittellbuch des Haushaltungsvorstandes vorzulegen.

Die Brennstoffkarte C besteht aus einem Stamm und 20 Kopien, die auf insgesamt 5 Zentner lauten. Die Brennstoffkarten (Salondokumente) gelten als ein Zentner.

§ 3.

Haushaltungen in Wohngebäuden mit Sammelheizung erhalten keine Kohlenkarte C.

§ 4.

Aus besonderen Gründen (z. B. Alter, Beschäftigungsart, Pflegebedürftigkeit oder Zahl der Haushaltsangehörigen) kann die Ortsverwaltung (Konsolidationsstelle) einem Haushalt eine Brennstoffkarte D als Zusatzkarte erteilen.

Die Brennstoffkarte D entspricht in der Einteilung der Brennstoffkarte C und wird mit verhältnismäßiger Kartenzahl bis zu einem Reimbetrag von 5 Zentnern ausgeben.

§ 5.

Der Antrag auf Erteilung einer Brennstoffkarte D ist von solchen Personen, die nicht auf Grund der Verordnung vom 24. September 1917 eine Brennstoffkarte B erhalten haben, schriftlich einzureichen; er hat zu enthalten:

1. die Angabe des vorhandenen Brennstoffvorrats,
 2. die Angabe des Brennstoffverbrauchs in der Zeit vom 1. September 1915 bis 31. März 1916 unter Beifügung von Rechnungen der Lieferant oder sonstigen Belegen.
- III. Sammelheizungen, Behörden, Anstalten, Betriebe.

§ 6.

Die Ortsverwaltung kann nach Maßgabe des Bedarfs und nach Antrag Bezugsscheine auf folgende Verbraucher ausgeben:

1. Hausverwaltungen mit Sammelheizungen;
2. Behörden, Anstalten und Stiftungen;
3. Kleinhandelsbetriebe, d. i.:
 - a) Bäckereien, Schlachtereien, gewerbliche Metzgereien, gewerbliche Mühlen, Gastwirtschaften, Gasthöfe, Badeanstalten und ähnliche Betriebe, soweit sie dem täglichen Bedarf der in der Gemeinde wohnenden oder vorübergehend verweilenden Personen dienen;
 - b) sonstige Gewerbebetriebe, soweit sie monatlich weniger als 10 Tonnen (200 Zentner) Brennstoff verbrauchen.

4. Landwirtschaftliche Betriebe einschließlich ihrer Nebenerwerbsbetriebe.

Dem Bezugsschein ist eine Abschrift angefügt.

§ 7.

Der Antrag auf Erteilung eines Bezugsscheins ist schriftlich einzureichen; er hat zu enthalten:

1. die Angabe des vorhandenen Brennstoffvorrats, Gewerbetreibende und Landwirte haben auch die für Haushaltszwecke vorhandenen Mengen anzugeben;
2. die Angabe des Brennstoffverbrauchs im letzten Monat, hat der Antragsteller bisher noch keinen Bezugsschein erhalten, so ist ferner der Brennstoffverbrauch in der Zeit vom 1. September 1915 bis 31. März 1916 unter Beifügung von Rechnungen der Lieferant oder sonstigen Belegen anzugeben.

IV. Karten, Marken und Bezugsscheine.

§ 8.

Brennstoffe (d. i. Steinkohlen, Anthrazit, Steinkohlenbriketts, Braunkohlenbriketts, Braunkohlenbriketts und Koks) dürfen bis auf weiteres an den Verbraucher nur abgegeben werden, wenn

entweder eine Brennstoffkarte vorgelegt und ein der abgegebenen Menge entsprechender Betrag in Marken eingebracht

oder ein Bezugsschein mit daranhängendem Abschnitt vorgelegt und die Lieferung unter Angabe der Gewichtsmenge auf der Rückseite vermerkt worden ist.

Nach auf einen Bezugsschein der ganze Reimbetrag oder der Teil davon abgegeben, in dem der Abschnitt eingebracht ist.

Die Bezugsscheine und die Brennstoffkarten mit den nicht begebenen Marken sind dem Inhaber zurückzugeben.

§ 9.

Die Abgeber (Händler, Verbrauchsgenossenschaften oder andere Bezugseinrichtungen) haben:

1. über die Abgabe auf Bezugsscheine genau Buch zu führen;
2. zu jedem Montag der Ortsverwaltung eine Aufstellung über die während der verfloffenen Woche erzielte Abgabe zu überreichen;
 - a) auf Bezugsscheine,
 - b) auf Brennstoffkarten;
3. der Aufstellung der während der Woche nach § 8 eingebrachten Bezugsscheine und Marken beizufügen.

V. Beisetzungsantrag privater Betriebe.

§ 10.

Der Brennstoffantrag der Hausverwaltungen mit Sammelheizungen und der Haushalte wird, soweit er 4 des Verbrauchs in der Zeit vom 1. September 1915 bis 31. März 1916 übersteigt, dem Antrag zur Beisetzungsantrag des Brennstoffantrags beizufügen.

Die Beisetzungsanträge hat zur Folge, daß die Befugnis über den Brennstoffverbrauch dem Antragsteller und keine Befugnis über den Brennstoffverbrauch verbleibt.

VI. Strafen und Strafverfahren.

§ 11.

Wer in Uniform bedienstet oder mit amtlichem Ausweis nachweislich Brennstoffe des Polizeiamts III auf Verlangen ausgeben, ohne die Befugnis zu haben, wird mit Geldstrafe bis zu einem Jahre oder mit Haft bis zu sechs Monaten oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Wer nach dieser Verordnung geordnet oder sonstigermaßen Brennstoffe des Polizeiamts III auf Verlangen ausgeben, ohne die Befugnis zu haben, wird mit Geldstrafe bis zu einem Jahre oder mit Haft bis zu sechs Monaten oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Wer nach dieser Verordnung geordnet oder sonstigermaßen Brennstoffe des Polizeiamts III auf Verlangen ausgeben, ohne die Befugnis zu haben, wird mit Geldstrafe bis zu einem Jahre oder mit Haft bis zu sechs Monaten oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Wer nach dieser Verordnung geordnet oder sonstigermaßen Brennstoffe des Polizeiamts III auf Verlangen ausgeben, ohne die Befugnis zu haben, wird mit Geldstrafe bis zu einem Jahre oder mit Haft bis zu sechs Monaten oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Wer nach dieser Verordnung geordnet oder sonstigermaßen Brennstoffe des Polizeiamts III auf Verlangen ausgeben, ohne die Befugnis zu haben, wird mit Geldstrafe bis zu einem Jahre oder mit Haft bis zu sechs Monaten oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Wer nach dieser Verordnung geordnet oder sonstigermaßen Brennstoffe des Polizeiamts III auf Verlangen ausgeben, ohne die Befugnis zu haben, wird mit Geldstrafe bis zu einem Jahre oder mit Haft bis zu sechs Monaten oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 13.
Diese Verordnung tritt am 9. November in Kraft. Mit dem gleichen Tage tritt die Verordnung vom 29. September 1917 (G. P. Nr. 457) außer Kraft.
Lübeck, den 5. November 1917.

Das Polizeiamt.

Ausgabe der Brennstoffarten C.

Die Brennstoffarten C werden am 8. und 9. d. Mts. ausgeben. Die Ausgabe erfolgt:

1. für Travemünde und Gneversdorf bei dem Polizeibezirk Travemünde.
2. für Schlutup bei dem Polizeibezirk Schlutup.
3. für Siemts-Dänischburg bei dem Polizeibezirk Dänischburg.
4. für Rüdnitz-Perrenoy bei dem Polizeibezirk Rüdnitz.
5. für Moisling und Genu bei dem Polizeibezirk Moisling.
6. für den übrigen städtischen Gemeindebezirk in Lübeck und zwar für:
 - a) die Vorstadt St. Gertrud und von der inneren Stadt die Straßen mit den Anfangsbuchstaben A bis B im Hause Königstraße 27-31 (Katharineum).
 - b) von der inneren Stadt die Straßen mit den Anfangsbuchstaben C bis H in der Mengstraße 6.
 - c) von der inneren Stadt die Straßen mit den Anfangsbuchstaben I bis R in der Börje.
 - d) die Vorstadt St. Jürgen und von der inneren Stadt die Straßen mit den Anfangsbuchstaben S bis Z in der Stadthalle (Mühlenbrücke).
 - e) St. Lorenz-Nord im Schlachthof (Freibank).

in der Zeit von 9 bis 1 Uhr vormittags und 4 bis 8 Uhr nachmittags.

Das Lebensmittellbuch des Haushaltungsvorstandes ist mitzubringen.

Lübeck, den 6. November 1917.

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

über die Ausgabe von Kartoffelkarten und Gutscheinen auf Grund der Bekanntmachung vom 31. Oktober 1917.

Die Kartoffelkarten zum Bezuge von je 1 Zentner Kartoffeln für die Zeit vom 29. April bis zum 15. Juli 1918 und die Gutscheine für die Verbilligung der Kartoffeln werden für die Bezirke 5 bis 13

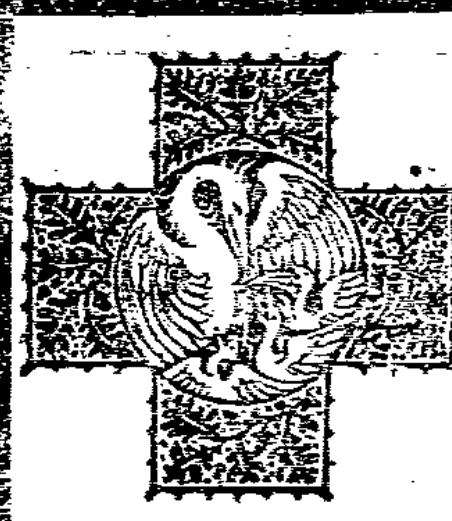
(Vorstadt St. Jürgen, Lorenz, Gertrud)

vom 7. d. Mts. an, vormittags von 9 bis 1 und nachmittags von 3 bis 6 Uhr im Bürgerverein (großer Saal) ausgegeben.

Die Ausgabe der Kartoffelkarten erfolgt gegen Vorlegung des Lebensmittellbuches, die der Gutscheine auf Grund der Kartoffelkarten. Wer zur Empfangnahme des Gutscheines B im Werte von M. 2.10 berechtigt ist, hat auch den Steuerzettel oder eine Bescheinigung des Steueramtes, daß der Antragsteller nicht zur Steuer veranlagt ist, vorzulegen.

Lübeck, den 6. November 1917.

Der Ausschuss für Kriegshilfe.



Wohltätigkeits-Vorstellung für die Schwesternspende
am Mittwoch, 7. November, abds. 7 Uhr, im Hansatheater.
Prolog, verfasst von Herrn Konrad Neckels, gesprochen von Fr. Aug. Riedel.
Hierauf:
Die Königin der Luft.
Gr. Posse mit Gesang u. Tanz in 3 Akt v. Reimann u. Schwarz.
Kartenverkauf: Musikalienhandlung Robert, Breite Str., u. in den bekannt Verkaufsstellen.



Brennmaterialien

für Hausbrand — auch in kleinen Körnungen —
vorrätig. 3448

Lieferung frei Haus und ab folgenden Plätzen:

Mühlentor: Kokswerk (Geniner Strasse)	bis auf weiteres täglich v. 8-11 1/2 Uhr vorm. und 2-5 Uhr nachmittags.
Holstentor: Drehbrücke (Platz Chr. Gäde)	
Burgtor: Roeckstrasse 50 (alte Wagenhalle der Strassenbahn)	Dienstags, Donnerstags und Sonntags abends von 8-3 Uhr.
Hüxtertor: Kanalhafen (unterhalb der Glockengiesserstrasse)	Montags, Mittwochs u. Freitags von 8-12 u. von 2-6 Uhr.
Stadt: Kanalhafen (unterhalb der Glockengiesserstrasse)	

Heinrich Diestel

Bekanntmachung

betreffend Höchstpreis für Zucker.

Auf Grund der Verordnung über den Verkehr mit Zucker vom 17. Oktober 1917 wird unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 7. Juni 1916 der Preis für gemahlenen Melis und feinstkörnigen Kristallzucker auf 40 Pfennig für das Pfund festgelegt.

Für die übrigen Sorten bleibt es bis auf weiteres bei den bisherigen Zuschlägen zu dem Grundpreise von 40 Pfennig.

Lübeck, den 6. November 1917.

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Verbrauchszucker.

Die Abgabe von Zucker an die Verbraucher für die Zeit vom 1. bis 25. November 1917 erfolgt auf die 5 Abschnitte Q V bis Q IX des Lebensmittellbuches und zwar können auf jeden dieser Abschnitte bis einschließlich 15. November 1917

125 Gramm für jede Person abgegeben und entnommen werden.

Nach dem 15. November hat die Abschnitte Q V bis Q IX unguiltig und es darf dann auf dieselben kein Zucker mehr verabsolot und entnommen werden.

Binnenschiffer dürfen auf jeden Abschnitt der Binnenschiffkarte 90 Gramm Zucker erhalten und entnehmen.

Sämtliche Zuckerbezugsbefugnisse sind spätestens am 15. November 1917 bei der Geschäftsstelle des Polizeiamts, Breite Straße 65, I. Zimmer 5, einzureichen.

Lübeck, den 6. November 1917.

Das Polizeiamt.

Tonhalle

Nur 3 Tage!
Das große Kriegsschauspiel
U 35 Der magische Gürtel um England.
Außerdem das große Drama
Labyrinth
Sensations-Schauspiel in 5 Akten. 3441

Zum 1. April eine 2-Zimmer-Wohnung mit Küche u. Keller im Breite von 200-220 M. v. dem Holtenor-Süd gesucht. Ansunt. E H an die Exp. 3445

Zentralverband der Handlungsgehilfen
Umbanthalber fällt die Versammlung in diesem Monat aus. 3433
Der Vorstand.

Hansa-Theater.
Dienstag, den 6. November, abends 7 Uhr: 3446
Der Stabschreiber.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der Buchdruckerei „Eub. Volkstote“ Johannisstraße 46.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung.
am Mittwoch, 7. November, abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Der außerordentliche Verbandstag in Hannover und Anträge zu demselben.
3. Sonstige Verbandsangelegenheiten.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht.
3442) Die Ortsverwaltung.

Verein der Musikfreunde.

5. volkstümlich. Konzert

Montag, den 12. Novbr. abends 7 1/2 Uhr, im Stadttheater. Leitung: Dr. Georg Göhler.

Nordischer Abend.
Werke von Aulin, Järnefelt, Viibelius (Finlandia), Hartmann, Grieg (Lyr. u. I. Peer-Gynt Suite). 3431

Stadttheater.
Dienstag, den 6. Novbr. 1917

Mignon.

Mittwoch, den 7. Nov. 1917:

Die Kaiserin.

Donnerstag, den 8. Nov. 1917
Gastspiel von Arno Hoff vom Hoftheater Schwerin.

Faust.
Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Der Sitz des Bezirksvorstandes bleibt in Altona, Bezirksvorsitzender Genosse Kürbis, Sitz der Preßkommission Kiel. Nach Schlußworten der Genossen Frohme und Kürbis ging der von 70 Teilnehmern besetzte Parteitag auseinander.

Das Jugendamt schreibt uns:

Ende Mai ging es dann ins lübische Landgebiet und über-
flanden wir dieselben Erfahrungen bei dem Empfang der
Kinder. Aber wo viel Lust ist, da ist auch Schatten, und ein
dieser Schatten fiel bald auf die trübsame Kinderthar durch den
Tod einer kleinen Gefährtin, die einem lebensgefährlichen Hals-
legmon schon am 7. Mai erlag, trotz lortianischer Pflege von
seiten des Arztes und der Pflegemutter. Auch alles, was am
Annehmlichkeiten vorkam, häuften sich in den ersten Wochen.
Hier wurde ein Kind zurückgeschickt wegen Unruhmers, dort
wegen Betrübens, eins bekam Heimweh und ein anderes fand
sein Leben ohne Kino unentzählich. In allen solchen Fällen haben
wir immer, was betreffende Kind sofort aus dem Hause zu schicken.
Es kamen 13 Kinder wegen Unreinlichkeit, 16 wegen Heimweh
und 20 wegen schlechter Führung vorzeitig zurück, sie waren in
einzelnen Fällen nachhaft oder verlorren, 3 sogar unehlich ge-
wesen, aber in der Mehrzahl nur unfähig zur Arbeit, vielleicht
weil, wie wir zur Unternehmung hatten betonen müssen, es
dort nichts als nicht um einen Arbeits- sondern um einen Er-
ziehungsanstalt. Im allgemeinen übernahmen die Kinder
bei willig und sehr die ihnen übertragenen kleinen Hilfs-
leistungen: Das Waschen kleinerer Kinder, leichte Arbeiten in
Haus und Garten, Viehversorgung, Gärten und Küchleiten und
ähnlich, als höchstes von allem, Hilfe bei der Ernte, beim Ein-
fahren.

So ging alles nach jeder Richtung hin befriedigend. Das einzige, was nicht klappen wollte, war die Lebensmittelversorgung; bei der Ausreise der Kinder waren es die Pilsenern, die der Heimkehr die Eltern, die nicht reichlich im Besitz der Lebensmittelkarten waren. So mußte man Scheine über Scheine ausstellen mit der Bitte um vorläufige Verzeugsung.

Die meisten Kinder kehrten einzeln heim, oft von den Pflege-
eltern nach Hause gebracht. Nur am 25. und 27. September
kamen größere Scharen von Kindern aus dem Lübedischen zu-
rück unter Begleitung. Und was für Stöße brachten sie mit!
Sogar allerlei lebendes Gethier, zumist Kanari-ⁿen, aber ein
kleines Mädchen zeigte sogar voller Stolz eine Ente, die gerade
am Tage ihrer Ankunft angekommen war, und die sich seitdem
ebenfalls in die Breite gelegt hatte, wie ihre glückliche Wetherin.

Am ganzen wurden 461 Kinder auf das Land gebracht. 149 Knaben und 319 Mädchen. 390 Kinder hatten die Volksschule besucht, 70 die Mittelschule und eine die Hochschule. Es waren 3½ % aller Volksschüler und 2 % der Mittelschüler dabei betheiligt. 13 Kinder sind auf dem Lande geblieben, bis auf weiteres, hauptsächlich für immer; darunter ein achtjähriges Mädchen, dessen Mutter verstorben und dessen Vater kirchlich geistlos ist; es hat nun bei den kinderlosen Pflegeeltern eine zweite Heimat gefunden.

Der Gesamterfolg des Bandenienthalts war nach jeder Richtung hin außerordentlich befriedigend.

Ein Ehedrama hat sich heute vormittag im Norden Berlins ereignet. Der Wehrmann Kilugradt war gestern abend auf Urlaub gekommen und fand seine Wohnung verlassen vor; erst in der frühen Morgenstunde lehrte die Frau heim. Der Ehemann schlug nun auf die Frau mit einem Hammer ein und verletzte ihr mehrere Messerstiche; dann stürzte er sich aus dem Fenster; er war sofort tot.

Hi-desensstellung auf der Straßenbahn. In einer ungewöhnlichen Inanalogie mußte ein Berliner Straßenbahnfahrer der Linie R des Westes rufen. Im Spandauer Berg hörte der Fahrer ein klaffendes Rimmern und entdeckte zur allgemeinen Überraschung auf der Plattform einen neugeborenen Knaben. Da kurz vorher eine unbekannte Frau die Vorderplattform verlassen hatte, wird angenommen, daß diese das Kind auf dem Wagn sitzen gelassen hat. Kurz entschlossen wußte der Fahrer das Knäblein in einen Mantel, hier vom Wagn und übergab den jungen Erben seiner einem Polizeibeamten. Bisher konnte die Mutter noch nicht ermittelt werden.

Farle Fische. Am Mittwoch wurden in der Zentralmarkthalle in Berlin faule Stinte in größerer Menge beschlagnahmt. Die Zentralfischverbraucher-Gesellschaft verklagte von den Großhändlern die Abnahme dieser Fische, obwohl sie schon grau und braun aussahen und aus den Riten stanken. (!!!) Die Händler nahmen sie an, weil ihnen, wie sie behaupten, in Aussicht gestellt wurde, daß sie sonst auch keine anderen Fische bekommen würden. Einige von ihnen gingen dann aber auch gleich zur Polizei und diese beschlagnahmte die Stinte.

Die Geschäftstermerde der Frau Kutter zur Versteigerung vor-
bereitet. Am Konkrete Kurier ist am Sonntage die erste verstei-
gerte Eintheilung ergraben, wonach festgestellt worden ist, daß
diejenigen Einkünfte, welche Gemeinnütze erwirtschaften haben, zur
Einzahlung derselben verpflichtet sind. Auf die Frage des Kon-
kreteverwalters Schmidt gegen die Forderung des Geheimen Kom-
merzienrats Götting, Frau Dr. Wille, hat das königliche Land-
gericht I die Forderung Frau Wille, zur Herauszahlung der erwar-
tungen Gemeinnütze in Höhe von 180 000 Mark verpflichtet.
Es werden noch weitere Prozesse gegen Mitglieder der Familie
Kutter.

Im 2-Zug um 12 000 Mark befehlen. Ein ungarischer-ge-
bentener hat ein Herr, der vorhergehend in Berlin zu sein
hatte, auf der Eisenbahnfahrt von Berlin nach Rastatt zu-
gefallen. Der Herr lernte in Berlin eine junge Dame kennen und lud sie
in einer Tasse Kaffee ein. Im Laufe der Unterhaltung erzählte

Meisters Sonderkorrespondent im italienischen Hauptquartier meldet, daß er als letzter Udine verließ. Bevor der Feind die Stadt einnahm, war Geschützfeuer war so gewaltig, daß man es deutlich in Udine hören konnte, obwohl die Front ungefähr 10 Meilen entfernt war. Der verheerbare Kanonen Donner und die Luftangriffe begannen die Bevölkerung ernstlich zu beunruhigen. Die Menschen verließen alsbald die Stadt mit allen nur denkbaren Transportmitteln. Die Straßen wurden geschlossen, und die Stadt war in Dunkelheit gehüllt. Die Abgangsmittel begannen auszugehen. Am 27. Oktober bemerkten wir, daß als Hauptquartier und der Stadt, die die ganze Nacht hindurch gearbeitet hatten, ihren Stand abgebrannt hatten. Karten wurden eingebracht. Korrespondenzen vernichtet. Flüchtlinge aus dem Nongso-Gebiet gaben ihre Erlebnisse auf der Nacht. Da der Bahnhof und die Nähe unter militärischer Aufsicht standen, war halb der Vorrat an verfügbaren Transportmitteln zur Reise gegangen. General Congo wurde mit 11 Hundern nach Uvira transportiert wurden getötet oder vermisst. Von 30 Mann kamen nur 10 zurück. Von 2 Regiments der Serengeti blieb nur ein Leutnant übrig. Amerikanischen Korrespondenten der Mitternacht nach der Ankunft der ersten meldet hatten, daß die ersten 10 noch etwas Meilen von der



Ströme von Jungmännern bedecken den Weg nach Treviso. Der Anblick vieler Scharen bot ein tragisches Schauspiel. Die Menschen flüchteten in Automobilen und auf allerlei anderen Transportmitteln, in Schienenwagen u. a., dazwischen wieder kleine Zugpöbel mit ihrer Habe, und ihren Kindern auf den Schultern. Verwundete, Kranke wurden getragen. Auf den Straßen lag man Abteilungen Infanterie, Bersaglieri, Alpini und Artillerie in buntem Durcheinander.

Verhaftung zweier Nahrungsmittel-Händler. Wie aus Thorn mitgeteilt wird, wurden in Kruschwitz zwei Berliner Mehl- und Oesshändler verhaftet und bei ihnen 220 000 Mk. bares Geld, sowie außerdem für 25 000 Mk. Ware, die schon aus dem Bahnhof verladen war, beschlagnahmt.

Erbrochene Petroleumkants. Die großen gefüllten Petroleumkants bei Regensburg wurden in der Nacht zum Sonntag von Dieben erbrochen und geleert. Mehrere der Täter sind bereits verhaftet.

Die Weltgeschichte der Professoren. Die pessimistische Anschauung jenes alten Schweden, daß die Welt nicht ahne, mit wie wenig Weisheit sie regiert werde, soll nach unverändlichen Umständen im Laufe der letzten drei Jahre einige hundert Millionen Anhänger mehr erhalten haben. Endlich aber scheint das anders zu werden. Kaum haben die Italiener den früheren Universitätsprofessor für Recht Orlando zum Ministerspräsidenten und den Neapeler Professor für Nationalökonomie Nitti zum einflussreichen Kabinettsmitglied erhalten, da wird zum erstenmal in Deutschland ein Professor und zwar der Philosophie, der langjährige Münchener Ordinarius Hertling Reichstangler. Allerdings ist das darum nicht ganz genau, weil auch Dr. Michaelis einige Zeit Dozent für deutsches Recht in Tokio war und der Reichstangler Dr. Helfferich seine reißbewegte Laufbahn als Privatdozent für Volkswirtschaftslehre in Berlin begann. Bei beiden aber handelte es sich nur um vorübergehende Beschäftigungen im Lehramt. Frankreich ist uns mit autem Beispiel schon vor einiger Zeit vorausgegangen, indem es sich den Mathematikprofessor Painlevé zum Premier erkor. Nicht zu vergessen aber sind die Vereinigten Staaten, die schon 1912 den Geschichtsprofessor Wilson von Princeton zum Präsidenten wählten. Das revolutionäre Rußland war zunächst auch nach diesem Vorgehen verfahren, indem es seine Außenpolitik Professor Mikuloff anvertraute, bis dieser den Sozialisten zu imerrätig wurde. Es ist wohl kein Zufall, daß in England bisher kein Professor in den Vordergrund trat. Dort haben die Advokaten das Wort. Smith gehörte ebenso diesem Stande an wie sein Nachfolger Lloyd George. (Zettl. Ztg.)

Brand in der größten Papierfabrik Oesterreichs. In Kremsland entstand in der Nacht zum Sonntag in der Hauptkanzlei der Firma Diamantold, Sägemehl, Holzkloß- und Papierfabrik ein Brand, der rasch um sich griff, die Pochenräume einäscherte und den Elektromotor zerstörte. Dadurch ist der Nachtbetrieb des Werkes für die nächste Zeit unmöglich gemacht. Das bedeutet eine schwere Gefährdung des Zeitungsbetriebes, weil die beschädigte Fabrik die größte Erzeugungsstelle der österreichischen Monarchie für Holzkloß, Hauptrohstoff und für die Rotationsdruckpapierfabrikation war.

Schiffenjammer-Hof. Einem Hanns-Telegramm aus Breslau zufolge ist bei Kierre Rör der Schlenker „Mas“ mit dem englischen Kohlendampfer „Meridio“ (3069 Brutto-Reg.Ton.) zusammen. 25 Mann werden vermisst.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Wener & Co.
Sämmtlich in Lübeck

Strakbura i. G. Falsche Maas' Würze. Große Nach-
frage und zunehmender Handel an Rohstoffen haben seit geraumer
Zeit die allseits bekannte Maas' Würze im Handel selten wer-
den lassen. Weit mehr bieten einzelne Geschäfte solcher immer
noch in erheblichen Mengen an. Es steht deshalb der Verdacht
nahe daß es sich dabei nicht um andere Würzen handelt die
aber als echte Maas' Würzen in den Handel kommen. Tats-
ächlich ist es denn auch der Polizei gelungen, derartige Unter-
schmuggeln bei 6 Speereihändlern in Strakbura i. G. nachzu-
weisen. Diese wurden wegen Verhaltens von nachgemachten
Gewürzen unter einer zur Aufklärung geeigneten Bezeichnung
in Nr. 50 - Geschäfte verurteilt. Ausleich wurde im Interesse
des kassenden Publikums und zur Warnung anderer Kaufleute
der Veröffentlichung des Urteils auf Kosten der Angeklagten an-
geordnet. (1917)

Alle aus den Verteilungen von Rasse-Ertrag können von den Gleichhandelern freihändig verkauft werden.

2006 ff., den 5. November 1917. 18455

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Eine Nachtrag-Bekanntmachung vom 6. November 1917
 Nr. W. 1. 90/9 17 KRA. zu der Bekanntmachung Nr. W. 1
 1270 5. 17 KRA. vom 1. Juli 1917 betreffend

Beste angestellte von reiner Schafwolle, Kamel-
haaren, astr. Woll, Goldwoll sowie deren
Garnierien und Wollagen

und heute durch die amtlichen Zeitungen (Reaktionss. Ums. und Geschlechter) sowie durch die Weltzeit hören veröff. nützt.
 Atlanta den 6. November 1917 H424
 St. George, Georgien, Atlanta IX. U.S.

des Reichsausschusses vom 6. November 1917
Nr. W. IV. 2 09 17 KRA. zu der Bekanntmachung Nr. W. IV.
2 09 17 KRA. vom 1. April 1917 betreffend

Zeichnung der mit Befestigungsweg zur Luft-
mole und Luftdruck 12. 12. 12.

nird heute du an 71 amtlichen Zeichnungen (Kartierungen, Amts- und Geschäftsver) seine und die Polizeibehörden veröffentlicht.
 Mitona, den 6. November 1917. 3433
 Steffor v. Genera فرماندار IX. N.S.

Gene Ristransformation und W. IV. 900 4. 16 KRA
nom 6. 900 1 16 KRA

B207-91 HUE 7 0 B217168121770 391
CAMEP1 HUE BP 2: 507177121 3127 Mrt

und heute durch die amtlichen Zeitungen (Regierung: Amts- und Kreisblätter) sowie durch die Polizeibehörden veröffentlicht.
Münch., den 6. November '97.

1432 **St. Henry** (St. e. d. g. m. a. n. d. o. I. X. A. R.)

1900

== Süßbinder Kaffeebohnen ==